

734 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 23. 11. 1992

Regierungsvorlage

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge

Der Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 16. Oktober 1992

Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr samt Schlußprotokoll vom 16. Dezember 1954, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 des Vertrags lautet:

„Die österreichischen und die slowenischen Gerichte verkehren miteinander durch Vermittlung des Bundesministeriums für Justiz der Republik Österreich und des Ministeriums für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien, soweit im folgenden nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist (Artikel 17 Absatz 2).“

b) Art. 9 erster Satz des Vertrags lautet:

„Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen sind in deutscher oder in slowenischer Sprache abzufassen.“

c) Art. 47 des Vertrags lautet:

„Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und das

Außenministerium der Republik Slowenien werden einander auf Ersuchen den Wortlaut der in ihrem Staatsgebiet in Kraft stehenden oder in Kraft gestandenen Rechtsvorschriften bekanntgeben und gegebenenfalls Auskünfte über bestimmte Rechtsfragen erteilen.“

d) lit. a) des Schlußprotokolls entfällt;

e) lit. b) des Schlußprotokolls lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Gerichtes“ im Sinne dieses Vertrages sind für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache zu verstehen.“

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen vom 18. März 1960;

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln vom 10. Oktober 1961;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 27. März 1974;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die administrative Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten und über die gegenseitige Unterstützung zur Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften vom 15. März 1978, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 2 lit. b) des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien das Finanzministerium (Zollverwaltung und Zollämter)“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Bundeszollverwaltung und die Zollämter“ treten;

b) in Art. 14 Abs. 3 und 4 des Abkommens die Worte „das/des Finanzministerium/s (Zollverwaltung) der Republik Slowenien“ an die Stelle der Worte „die/der Bundeszollverwaltung“ treten;

c) Art. 14 Abs. 5 des Abkommens lautet:

„Der schriftliche Verkehr zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien findet in der Regel in deutscher und in slowenischer Sprache statt.“

6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich vom 29. Jänner 1979;

7. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 30 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien statt. Der diplomatische Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 33 Abs. 1 Z 2 des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache.“

8. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 6 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Soweit durch diesen Vertrag nichts anderes bestimmt ist, erfolgt der Schriftverkehr in den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien. Auf diesem Weg verkehren auch die Justizbehörden miteinander.“

b) Art. 9 Abs. 3 lautet:

„Die Anwesenheit eines im Abs. 2 erwähnten Behördenvertreters des ersuchenden Staates bei Rechtshilfeverhandlungen im ersuchten Staat bedarf in der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz und in der Republik Slowenien des Ministers für Justiz und Verwaltung.“

c) Art. 24 Abs. 1 zweiter Satz des Vertrags lautet:

„Die Auszüge aus dem Strafregister werden zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien ausgetauscht.“

d) Art. 25 des Vertrags lautet:

„Der Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und der Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Strafrecht, Strafverfahrensrecht und Strafvollzugsrecht.“

e) Art. 27 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Staates“ im Sinne dieses Vertrages ist für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache zu verstehen.“

9. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 21 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr in Auslieferungs- und Durchlieferungssachen findet, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien statt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 37 Abs. 1 lit. b) des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache;“

c) Art. 37 Abs. 3 lit. b) des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien die ordentlichen Gerichte, die öffentlichen Anklägerschaften und das Ministerium für Justiz und Verwaltung.“

d) Art. 37 Abs. 4 lit. b) des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien das Innenministerium.“

10. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 7 Abs. 2 des Abkommens lautet:

„Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der schriftlichen Mitteilung einer der beiden Streitparteien an die andere Streitpartei beigelegt werden, so kann sie auf Antrag des Investors einem Ad-hoc-Schiedsgericht entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL) unterbreitet werden.“

b) in Art. 7 Abs. 3 die Worte „Vergleichs- oder“ entfallen.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wasserwirtschaftliche Fragen der Mur-Grenzstrecke und der Mur-Grenzwässer (Mur-Abkommen) vom 16. Dezember 1954, mit der Maßgabe, daß in Art. 6 Abs. 2 der Anlage I des Abkommens die Worte „beziehungsweise serbokroatisch“ entfallen;

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen samt Schlußprotokoll und Anlagen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung der Abkommen vom 28. April 1967 und vom 10. August 1971;

3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die gemeinsame Staatsgrenze vom 8. April 1965 in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 und des Notenwechsels vom 27. Oktober 1979 und 3. März 1980, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 27 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in deutscher und in slowenischer Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in deutscher und andererseits in serbokroatischer oder slowenischer Sprache“ treten;

b) Art. 30 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Die Verhandlungssprachen der Kommission sind Deutsch und Slowenisch.“

c) in Art. 30 Abs. 3 des Vertrags die Worte „in deutscher und in slowenischer Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in deutscher und andererseits in serbokroatischer oder slowenischer Sprache“ treten;

d) in Art. 33 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

e) in den Anlagen A und B des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Bezeichnung des Vertrags durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird, und daß in den

genannten Anlagen die Worte „Innenministerium“ bzw. „Laibach“ an die Stelle der Worte „Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ bzw. „Belgrad“ treten;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. März 1969 und vom 6. September 1974, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 8 Abs. 1 des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Republikanischen Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien“ treten;

b) in den Anlagen A und B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Bezeichnung des Abkommens durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird;

sowie das Durchführungsübereinkommen zum genannten Abkommen vom 26. September 1968 in der Fassung der Übereinkommen vom 14. Juni 1974, 11. Juli 1977 und 13. Jänner 1986;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. Februar 1975, vom 24. Mai 1984 und vom 4. November 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 Abs. 1 des Abkommens lautet:

„Die Vertragsstaaten werden einander auf diplomatischem Weg mitteilen, welche Behörden zur Ausstellung von Dauergrenzscheinen, Grenzübertrittsscheinen und Grenzübertrittskarten zuständig sind.“

b) in Art. 22 Abs. 2 des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

c) in der Anlage B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 5. Februar 1975 eine neue Ziffer 37 mit der Bezeichnung „Karawankentunnel – Karavanke“ eingefügt und die bisherige Ziffer 37 als Ziffer 38 bezeichnet wird;

6. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Karawankenstraßentunnel vom 15. September 1977 in der Fassung des Vertrags vom 20. Oktober 1980.

Falls die Republik Slowenien mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Mock m. p.

I.E. Frau
Dr. Katja Boh
ao. und bev. Botschafterin
der Republik Slowenien

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge

(Übersetzung)

Veleposlaništvo Republike
Slovenije

Botschaft der
Republik Slowenien

Dunaj, 16. oktobra 1992

Wien, am 16. Oktober 1992

Ekszellenca,

Exzellenz,

čast mi je potrditi prejem vaše note z dne 16. oktobra 1992, ki se glasi:

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 16. Oktober 1992 zu bestätigen, welche folgendermaßen lautet:

„Ekszellenca,

„Exzellenz,

glede na to, da je Republika Slovenija zdaj neodvisna in samostojna država, imam čast predlagati, da v nadaljevanju navedene pogodbe veljajo med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje posamično navedene prilagoditve besedila:

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Pogodba med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem pravnem prometu skupaj z zaključnim protokolom z dne 16. decembra 1954, s tem da:

1. Vertrag zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr samt Schlußprotokoll vom 16. Dezember 1954, mit der Maßgabe, daß

a) se 8. člen pogodbe glasi:

a) Art. 8 des Vertrags lautet:

„Slovenska in avstrijska sodišča kontaktirajo med seboj s posredovanjem Ministrstva za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznega ministrstva za pravosodje Republike Avstrije, če v nadaljevanju ni izrecno določeno drugače (drugi odstavek 17. člena).“

„Die slowenischen und die österreichischen Gerichte verkehren miteinander durch Vermittlung des Ministeriums für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und des Bundesministeriums für Justiz der Republik Österreich, soweit im folgenden nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist (Artikel 17 Absatz 2).“

b) se prvi stavek 9. člena pogodbe glasi:

b) Art. 9 erster Satz des Vertrags lautet:

„Zahtevki za vročitve in pravno pomoč morajo biti sestavljeni v slovenskem ali nemškem jeziku.“

„Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen sind in slowenischer oder in deutscher Sprache abzufassen.“

c) se 47. člen pogodbe glasi:

„Ministrstvo za zunanje zadeve Republike Slovenije in Zvezno ministrstvo za zunanje zadeve Republike Avstrije si bosta na zahtevo sporočili besedilo pravnih predpisov, ki so veljali ali veljajo na območju njihove države in si medsebojno v danih primerih tudi pošiljali informacije o določenih pravnih vprašanjih.“

d) odpade alinea a) zaključnega protokola;

e) se alinea b) zaključnega protokola glasi:

„Pod pojmom „jezik sodišča, ki je prejel zahtevek“, se v smislu te pogodbe razumeta za območje Republike Slovenije slovenski jezik in za območje Republike Avstrije nemški jezik.“

2. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem priznavanju in izvrševanju arbitražnih sodb in arbitražnih poravnav v trgovinskih zadevah z dne 18. marca 1960;

3. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem priznavanju in izvrševanju preživninskih odločb z dne 10. oktobra 1961;

4. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o enakovrednosti zrelostnih spričeval z dne 27. marca 1974;

5. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o administrativnem sodelovanju v carinskih zadevah in o medsebojni pomoči pri preprečevanju kršitev carinskih predpisov z dne 15. marca 1978, s tem da:

a) se v alinei b) 2. člena sporazuma besede „v Socialistični federativni republici Jugoslaviji Zvezna carinska uprava in carinarnice“ zamenjajo z besedami „v Republici Sloveniji Ministrstvo za finance (Republiška carinska uprava in carinarnice)“;

b) se v tretjem in četrtem odstavku 14. člena sporazuma besede „Zvezna carinska uprava“ oz. „Zvezne carinske uprave“ zamenjajo z besedami „Ministrstvo za finance (Republiška carinska uprava) Republike Slovenije“ oz. „Ministrstva za finance (Republiška carinska uprava) Republike Slovenije“;

c) se peti odstavek 14. člena sporazuma glasi:

„Pisno komuniciranje med carinskima upravama pogodbenih strank poteka praviloma v slovenskem in nemškem jeziku.“

6. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o

c) Art. 47 des Vertrags lautet:

„Das Außenministerium der Republik Slowenien und das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich werden einander auf Ersuchen den Wortlaut der in ihrem Staatsgebiet in Kraft stehenden oder in Kraft gestandenen Rechtsvorschriften bekanntgeben und gegebenenfalls Auskünfte über bestimmte Rechtsfragen erteilen.“

d) lit. a des Schlußprotokolls entfällt;

e) lit. b des Schlußprotokolls lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Gerichtes“ im Sinne dieses Vertrages sind für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache und für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache zu verstehen.“

2. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen vom 18. März 1960;

3. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln vom 10. Oktober 1961;

4. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 27. März 1974;

5. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die administrative Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten und über die gegenseitige Unterstützung zur Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften vom 15. März 1978, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 2 lit. b des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien das Finanzministerium (Zollverwaltung und Zollämter)“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Bundeszollverwaltung und die Zollämter“ treten;

b) in Art. 14 Abs. 3 und 4 des Abkommens die Worte „das/des Finanzministerium/s (Zollverwaltung) der Republik Slowenien“ an die Stelle der Worte „die/der Bundeszollverwaltung“ treten;

c) Art. 14 Abs. 5 des Abkommens lautet:

„Der schriftliche Verkehr zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien findet in der Regel in slowenischer und in deutscher Sprache statt.“

6. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Repu-

enakovrednosti na področju univerz z dne 29. januarja 1979;

7. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem izvrševanju sodnih odločb v kazenskih zadevah z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se prvi odstavek 30. člena pogodbe glasi:

„Pisno komuniciranje po tej pogodbi poteka med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Diplomatska pot s tem ni izključena.“

b) se prva točka prvega odstavka 33. člena pogodbe glasi:

„za območje Republike Slovenije slovenski jezik.“

8. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o pravni pomoči v kazenskih zadevah z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se prvi odstavek 6. člena pogodbe glasi:

„Če s to pogodbo ni določeno drugače, poteka pisno komuniciranje v zadevah, ki jih ureja ta pogodba, med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Po isti poti komunicirajo med seboj tudi pravosodni organi.“

b) se tretji odstavek 9. člena glasi:

„Za prisotnost v drugem odstavku omenjenega predstavnika upravnih organov države, ki je vložila zahtevek, pri obravnavah pravne pomoči v državi, v kateri je vložen zahtevek, je v Republiki Sloveniji potrebno soglasje ministra za pravosodje in upravo in v Republiki Avstriji zveznega ministra za pravosodje.“

c) se drugi stavek prvega odstavka 24. člena pogodbe glasi:

„Izpiski iz kazenskega registra se izmenjajo med ministrom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in zveznim ministrom za notranje zadeve Republike Avstrije.“

d) se 25. člen pogodbe glasi:

„Minister za pravosodje in upravo Republike Slovenije in zvezni minister za pravosodje Republike Avstrije si medsebojno na zahtevo pošiljata informacije o kazenskem pravu, o kazenskem procesnem pravu in o pravu izvrševanja kazenskih sankcij.“

blik Österreich über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich vom 29. Jänner 1979;

7. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 30 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich statt. Der diplomatische Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 33 Abs. 1 Z 1 des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache.“

8. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 6 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Soweit durch diesen Vertrag nichts anderes bestimmt ist, erfolgt der Schriftverkehr in den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten zwischen dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich. Auf diesem Weg verkehren auch die Justizbehörden miteinander.“

b) Art. 9 Abs. 3 lautet:

„Die Anwesenheit eines im Abs. 2 erwähnten Behördenvertreters des ersuchenden Staates bei Rechtshilfeverhandlungen im ersuchten Staat bedarf in der Republik Slowenien des Ministers für Justiz und Verwaltung und in der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz.“

c) Art. 24 Abs. 1 zweiter Satz des Vertrags lautet:

„Die Auszüge aus dem Strafregister werden zwischen dem Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich ausgetauscht.“

d) Art. 25 des Vertrags lautet:

„Der Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und der Bundesminister für Justiz der Republik Österreich erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Strafrecht, Strafvollzugsrecht und Strafvollzugsrecht.“

734 der Beilagen

7

e) se drugi odstavek 27. člena pogodbe glasi:

„Pod pojmom „jezik zaprosene države“ v smislu te pogodbe je za območje Republike Slovenije treba razumeti slovenski jezik in za območje Republike Avstrije nemški jezik.“

9. Pogodbe med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o izročanju z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se drugi odstavek 21. člena pogodbe glasi:

„Pisno komuniciranje v zadevah izročanja in tranzita poteka, če s to pogodbo ni drugače določeno, med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Diplomatska pot s tem ni izključena.“

b) se točka a) prvega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„za območje Republike Slovenije slovenski jezik;“

c) se točka a) tretjega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„v Republiki Sloveniji redna sodišča, javna tožilstva ter Ministrstvo za pravosodje in upravo.“

d) se točka a) četrtega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„v Republiki Sloveniji Ministrstvo za notranje zadeve.“

10. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o pospeševanju in zaščiti investicij, z dne 25. oktobra 1989, s tem da:

a) se drugi odstavek 7. člena pogodbe glasi:

„Če spornega vprašanja po prvem odstavku ni mogoče rešiti v treh mesecih od pisnega sporočila ene od strank v sporu drugi, je lahko na zahtevo investitorja predložena ad hoc arbitraža v skladu s poravnalnim postopkom komisije Združenih narodov za mednarodno trgovinsko pravo (UNCITRAL).“

b) v tretjem odstavku 7. člena se izpustita besedi „poravnana ili“.

Nadalje imam čast ugotoviti, da navedene radicirane mednarodne pogodbe odslej naprej veljajo v odnosu med Republiko Slovenijo in

e) Art. 27 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Staates“ im Sinne dieses Vertrages ist für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache und für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache zu verstehen.“

9. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Auslieferung vom 1. Februar 1982, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 21 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr in Auslieferungs- und Durchlieferungssachen findet, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, zwischen dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien und dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich statt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 37 Abs. 1 lit. a des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache;“

c) Art. 37 Abs. 3 lit. a des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien die ordentlichen Gerichte, die öffentlichen Anklägerschaften und das Ministerium für Justiz und Verwaltung.“

d) Art. 37 Abs. 4 lit. a des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien das Innenministerium.“

10. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe daß

a) Art. 7 Abs. 2 des Abkommens lautet:

„Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der schriftlichen Mitteilung einer der beiden Streitparteien an die andere Streitpartei beigelegt werden, so kann sie auf Antrag des Investors einem Ad-hoc-Schiedsgericht entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL) unterbreitet werden.“

b) in Art. 7 Abs. 3 die Worte „Vergleichs- oder“ entfallen.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der

Republiko Avstrijo, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje posamično navedene prilagoditve besedila:

1. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o vodnogospodarskih vprašanjih za mejni tok Mure (sporazum o Muri) z dne 16. decembra 1954 s prilagoditvijo, da se v drugem odstavku 6. člena priloge I sporazuma besedi „oziroma srbohrvaški“ črtata;

2. Sporazum med federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o ureditvi mejnega železniškega prometa skupaj z zaključnim protokolom in prilogami z dne 11. decembra 1962 v besedilu sporazuma z dne 28. aprila 1967 in 10. avgusta 1971;

3. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o skupni državni meji z dne 8. aprila 1965 v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 in izmenjave not z dne 27. oktobra 1979 in 3. marca 1980, s tem da:

a) se v prvem odstavku 27. člena pogodbe v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 besede „po eni strani v srbohrvaškem ali slovenskem in po drugi strani v nemškem jeziku“ zamenjajo z besedami „v slovenskem in nemškem jeziku“;

b) se drugi odstavek 30. člena pogodbe glasi:
„Razpravna jezika komisije sta slovenski in nemški.“

c) se v tretjem odstavku 30. člena pogodbe besede „po eni strani v srbohrvaškem ali slovenskem in po drugi strani v nemškem jeziku“ zamenjajo z besedami „v slovenskem in nemškem jeziku“;

d) se v prvem odstavku 33. člena pogodbe, v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji s strani Zveznega sekretariata za notranje zadeve“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

e) se v prilogah A in B k pogodbi v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 oznaka pogodbe dopolni z napotilom na to izmenjavo not in se v imenovanih prilogah besede „Zvezni sekretariat za notranje zadeve“ oziroma „Beograd“ zamenjajo z besedami „Ministrstvo za notranje zadeve“ oziroma „Ljubljana“;

Republik Slowenien und der Republik Österreich in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über wasserwirtschaftliche Fragen der Mur-Grenzstrecke und der Mur-Grenzwässer (Mur-Abkommen) vom 16. Dezember 1954, mit der Maßgabe, daß in Art. 6 Abs. 2 der Anlage I des Abkommens die Worte „beziehungsweise serbokroatisch“ entfallen;

2. Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen samt Schlußprotokoll und Anlagen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung der Abkommen vom 28. April 1967 und vom 10. August 1971;

3. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze vom 8. April 1965 in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 und des Notenwechsels vom 27. Oktober 1979 und 3. März 1980, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 27 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in slowenischer und in deutscher Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in serbokroatischer oder slowenischer und andererseits in deutscher Sprache“ treten;

b) Art. 30 Abs. 2 des Vertrags lautet:
„Die Verhandlungssprachen der Kommission sind Slowenisch und Deutsch.“

c) in Art. 30 Abs. 3 des Vertrags die Worte „in slowenischer und in deutscher Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in serbokroatischer oder slowenischer und andererseits in deutscher Sprache“ treten;

d) in Art. 33 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

e) in den Anlagen A und B des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Bezeichnung des Vertrags durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird, und daß in den genannten Anlagen die Worte „Innenministerium“ bzw. „Laibach“ an die Stelle der Worte „Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ bzw. „Belgrad“ treten;

4. Sporazum med SFR Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o mejni kontroli v železniškem prometu oseb z dne 8. aprila 1967 v besedilu sporazuma z dne 5. marca 1969 in z dne 6. septembra 1974, s tem da:

a) se v prvem odstavku 8. člena sporazuma v besedilu sporazuma z dne 6. septembra 1974 besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji od republiškega sekretariata za notranje zadeve Socialistične republike Slovenije“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

b) se v prilogah A in B sporazuma v besedilu sporazuma z dne 6. septembra 1974 označba sporazuma dopolni z opozorilom na to izmenjavo not; kot tudi izvedbeni sporazum k navedenemu sporazumu z dne 26. septembra 1968 v besedilu sporazuma z dne 14. junija 1974, 11. julija 1977 in 13. januarja 1986;

5. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o maloobmejnem prometu oseb z dne 28. septembra 1967 v besedilu sporazuma z dne 5. februarja 1975, z dne 24. maja 1984 in z dne 4. novembra 1988, s tem da:

a) se prvi odstavek 8. člena sporazuma glasi:

„Državi pododbenici se bosta po diplomatski poti obvestili, kateri organi so pristojni za izdajanje stalnih obmejnih prepustnic, obmejnih izkaznic in dovolilnic za prehod državne meje.“

b) se v drugem odstavku 22. člena sporazuma besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji s strani Zveznega sekretariata za notranje zadeve“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

c) se v prilogi B sporazuma v besedilu sporazuma z dne 5. februarja 1975 doda nova številka 37 z označbo „Karavanke — Karawankentunnel“ in se dosedanja številka 37 označi kot številka 38;

6. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o cestnem predoru skozi Karavanke z dne 15. septembra 1977 v besedilu pogodbe z dne 20. oktobra 1980.

Če se Republika Slovenija strinja z navedenim, bosta ta nota in pritrdilna nota — odgovor sestavljali sporazum med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, ki bo začel veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi obvestili, da so izpolnjeni potrebni notranjepravní pogoji.

4. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. März 1969 und vom 6. September 1974, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 8 Abs. 1 des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Republikanischen Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien“ treten;

b) in den Anlagen A und B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Bezeichnung des Abkommens durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird; sowie das Durchführungsübereinkommen zum genannten Abkommen vom 26. September 1968 in der Fassung der Übereinkommen vom 14. Juni 1974, 11. Juli 1977 und 13. Jänner 1986;

5. Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. Februar 1975, vom 24. Mai 1984 und vom 4. November 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 Abs. 1 des Abkommens lautet:

„Die Vertragsstaaten werden einander auf diplomatischem Weg mitteilen, welche Behörden zur Ausstellung von Dauergrenzscheinen, Grenzübertrittsscheinen und Grenzübertrittskarten zuständig sind.“

b) in Art. 22 Abs. 2 des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

c) in der Anlage B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 5. Februar 1975 eine neue Ziffer 37 mit der Bezeichnung „Karavanke — Karawankentunnel“ eingefügt und die bisherige Ziffer 37 als Ziffer 38 bezeichnet wird;

6. Vertrag zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über den Karawankenstraßentunnel vom 15. September 1977 in der Fassung des Vertrags vom 20. Oktober 1980.

Falls die Republik Slowenien mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

10

734 der Beilagen

Dovolite mi, eksclenca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Alois Mock“

Imam čast potrditi, da se Republika Slovenija strinja z vsebino vaše note in da vaša nota in ta nota-odgovor sestavljata sporazum med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, ki začne veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi pogodbenici obvestili, da so izpolnjeni potrebni notranjepravni pogoji.

Dovolite mi, eksclenca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Katja Boh m. p.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Alois Mock m. p.“

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Republik Slowenien dem Inhalt Ihrer Note zustimmt und daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Slowenien und der Republik Österreich bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Katja Boh m. p.

VORBLATT**Problem:**

Als neuentstandener Staat tritt Slowenien grundsätzlich nicht automatisch in die völkerrechtlichen Verträge ein, die zwischen Österreich und dem Gebietsvorgänger Sloweniens, der ehemaligen SFR Jugoslawien, abgeschlossen worden sind.

Ziel:

Bestimmte völkerrechtliche Verträge Österreichs mit der ehemaligen SFR Jugoslawien sollen im Verhältnis zwischen Österreich und Slowenien in Kraft gesetzt bzw., bei sog. „radizierten Verträgen“, als in Kraft stehend festgestellt werden.

Inhalt:

Durch den Notenwechsel werden zehn völkerrechtliche Verträge Österreichs mit der ehemaligen SFR Jugoslawien im Verhältnis zu Slowenien in Kraft gesetzt. Bei sechs weiteren Verträgen wird die einvernehmliche Feststellung getroffen, daß sie als „radizierte Verträge“ nunmehr im Verhältnis zwischen Österreich und Slowenien in Kraft stehen. Bei sämtlichen angeführten Verträgen werden die erforderlichen Anpassungen vorgenommen.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Die EG-Konformität des Notenwechsels ist gegeben.

Erläuterungen

A. Allgemeines

Der Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Er hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, so daß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Der Vertrag enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Die Republik Slowenien wurde von Österreich am 15. Jänner 1992 als unabhängiges und souveränes Mitglied der Staatengemeinschaft anerkannt. Als neuentstandener Staat tritt Slowenien grundsätzlich nicht automatisch in die völkerrechtlichen Verträge ein, die zwischen Österreich und dem Gebietsvorgänger Sloweniens, der ehemaligen SFR Jugoslawien, abgeschlossen worden sind (völkerrechtliches „clean slate“-Prinzip). Es sollen daher durch einen Notenwechsel einzelne dieser völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen Österreich und Slowenien in Kraft gesetzt und dabei auch die erforderlichen Anpassungen (insbesondere hinsichtlich von Staaten- und Behördenbezeichnungen) vorgenommen werden.

Eine etwas abweichende Vorgangsweise ist bei den sogenannten „radizierten Verträgen“ (auch „territoriale Regime“ genannt), dh. insbesondere bei Grenzverträgen und Flußregimen, erforderlich, deren Geltung nach dem Völkerrecht — abweichend vom obgenannten Grundsatz — automatisch auf den oder die Gebietsnachfolger übergeht. Bei „radizierten Verträgen“ wird im Rahmen des Notenwechsels aus Gründen der Rechtssicherheit die Feststellung getroffen, daß sie nunmehr im Verhältnis zwischen Österreich und Slowenien in Kraft stehen, wobei gleichfalls die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden.

Der gesamte Bestand der völkerrechtlichen Verträge Österreichs mit der ehemaligen SFR Jugoslawien wurde von österreichischer und slowenischer Seite eingehend im Hinblick auf eine allfällige Weiteranwendung und Aufnahme in den Notenwechsel sowie auf allenfalls erforderliche Anpassungen geprüft. Verträge, die bereits neuverhandelt werden oder deren Neuverhandlung in näherer Zukunft bevorsteht, sowie Verträge, die obsolet geworden sind oder bei denen kein Interesse an einer Weiteranwendung besteht, wurden in den Notenwechsel nicht aufgenommen.

Der Notenwechsel wurde nach entsprechender Beschlußfassung durch die Bundesregierung in zwei Teilen durchgeführt. Der vorliegende erste Teil ist ein Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge und umfaßt 16 Verträge, die der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG unterliegen. Zehn dieser Verträge sollen im Verhältnis zu Slowenien in Kraft gesetzt, und bei sechs „radizierten Verträgen“ soll die Feststellung getroffen werden, daß sie nunmehr im Verhältnis zwischen Österreich und Slowenien in Kraft stehen. Weitere fünf Verträge, die nicht unter Art. 50 Abs. 1 B-VG fallen und daher nicht der Genehmigung durch den Nationalrat unterliegen, wurden in den zweiten Teil des Notenwechsels, einen Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Republik Slowenien betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-jugoslawischer Staatsverträge, aufgenommen.

Bis zum Inkrafttreten des Notenwechsels, nach erfolgter Genehmigung durch den Nationalrat, werden die im Notenwechsel angeführten Verträge — soweit sie nicht bereits als „radizierte Verträge“ im Verhältnis zu Slowenien in Geltung stehen — gemäß den allgemeinen Regeln des Völkerrechts (Art. 9 Abs. 1 B-VG) in pragmatischer Weise im Verhältnis zu Slowenien weiter angewendet. Gleiches gilt bei jenen nicht im Notenwechsel angeführten Verträgen, die bereits neuverhandelt werden oder deren Neuverhandlung in näherer Zukunft bevorsteht (zB das Luftverkehrsabkommen, das Abkommen über Soziale Sicherheit und

sämtliche Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen) bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Neuregelungen.

Die EG-Konformität der durch den Notenwechsel in Kraft gesetzten bzw. als in Kraft stehend festgestellten völkerrechtlichen Verträge ist auf Grund der derzeit bestehenden Gemeinschaftskompetenzen gegeben. Der Gegenstand der betroffenen Verträge fällt in die Kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Erster Abschnitt

Im ersten Abschnitt des Notenwechsels sind zehn völkerrechtliche Verträge angeführt, die im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft gesetzt werden sollen. Durch eine Generalklausel wird die Änderung der verschiedenen Bezeichnungen des Vertragspartners in „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ bewirkt. Dies bezieht sich auch auf den Titel der Verträge, die demnach in Hinkunft als „Vertrag/Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über ... in der Fassung des Notenwechsels vom 16. Oktober 1992“ zu bezeichnen sind.

Zu Punkt 1:

Der Vertrag über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr samt Schlußprotokoll wurde mit BGBl. Nr. 224/1955 kundgemacht.

Durch die Änderung des Art. 8 des Vertrags tritt das Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien an die Stelle der Staatssekretariate für Justizverwaltung der Volksrepublik Slowenien und der anderen früheren jugoslawischen Teilrepubliken. In Art. 9 des Vertrags und in lit. b des Schlußprotokolls tritt die slowenische Sprache an die Stelle der serbokroatischen, slowenischen oder mazedonischen Sprache. Die durch die Änderung des Art. 47 festgelegten Behördenbezeichnungen ersetzen die Bezeichnungen „Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten“ und „Staatssekretariat für die Auswärtigen Angelegenheiten der SFR Jugoslawien“. Da es in Slowenien keine speziellen „Wirtschaftsgerichte“ mehr gibt, kann die in lit. a des Schlußprotokolls enthalten gewesene Legaldefinition für „Gerichte“ entfallen.

Zu Punkt 2:

Das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen wurde mit BGBl. Nr. 115/1961 kundgemacht.

Zu Punkt 3:

Das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln wurde mit BGBl. Nr. 310/1961 kundgemacht.

Zu Punkt 4:

Das Abkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse wurde mit BGBl. Nr. 479/1976 kundgemacht.

Zu Punkt 5:

Das Abkommen über die administrative Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten und über die gegenseitige Unterstützung zur Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften wurde mit BGBl. Nr. 289/1979 kundgemacht.

Die Änderungen des Art. 2 lit. b und des Art. 14 Abs. 3 und 4 des Abkommens betreffen die Bezeichnung der slowenischen Zollbehörden. Durch die Änderung von Art. 14 Abs. 5 tritt die slowenische Sprache an die Stelle der „Amtssprachen der SFR Jugoslawien“.

Zu Punkt 6:

Das Abkommen über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich wurde mit BGBl. Nr. 428/1980 kundgemacht.

Zu Punkt 7:

Der Vertrag über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen wurde mit BGBl. Nr. 547/1983 kundgemacht.

Durch die Änderung des Art. 30 Abs. 1 des Vertrags tritt das Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien an die Stelle des „für Justiz zuständigen Sekretariats der Sozialistischen Republik oder der Sozialistischen Autonomen Provinz der SFR Jugoslawien“, durch die Änderung des Art. 33 Abs. 1 Z 2 die slowenische Sprache an die Stelle der serbokroatischen Sprache, der kroatischen Schriftsprache, der slowenischen und der mazedonischen Sprache.

Zu Punkt 8:

Der Vertrag über die Rechtshilfe in Strafsachen wurde mit BGBl. Nr. 542/1983 kundgemacht.

Die Änderung des Art. 6 Abs. 1 und des Art. 9 Abs. 3 des Vertrags entspricht der Änderung des Art. 30 Abs. 1 des unter Punkt 7 angeführten Vertrags. Durch die Änderung der Art. 24 Abs. 1 und 25 tritt der Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien an die Stelle des Bundessekretariats/des Bundessekretärs für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung der SFR Jugoslawien. Die Änderung des Art. 27 Abs. 2 entspricht der Änderung des Art. 33 Abs. 1 Z 2 des unter Punkt 7 angeführten Vertrags.

Zu Punkt 9:

Der Vertrag über die Auslieferung wurde mit BGBl. Nr. 546/1983 kundgemacht.

Durch die Änderungen des Art. 21 Abs. 2 und des Art. 37 Abs. 3 lit. b des Vertrags tritt das Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien an die Stelle des Bundessekretariats für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung der SFR Jugoslawien. Die Änderung des Art. 37 Abs. 1 lit. b entspricht der Änderung des Art. 33 Abs. 1 Z 2 des unter Punkt 7 angeführten Vertrags. Durch die Änderung des Art. 37 Abs. 4 lit. b tritt das Innenministerium der Republik Slowenien an die Stelle des Bundessekretariats für Innere Angelegenheiten der SFR Jugoslawien.

Zu Punkt 10:

Das Abkommen über die Förderung und den Schutz von Investitionen wurde mit BGBl. Nr. 152/1991 kundgemacht.

Art. 7 Abs. 2 des Abkommens hat in seiner ursprünglichen Fassung vorgesehen, daß Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) zur Durchführung eines Vergleichs- oder Schiedsverfahrens unterbreitet werden kann, welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten vom 18. März 1965, BGBl. Nr. 357/1971, geschaffen wurde. Da Slowenien dieser Konvention nicht angehört, wurde durch die Änderung des Art. 7 Abs. 2 die Befassung eines Ad-hoc-Schiedsgerichts entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL) vorgesehen. Dem trägt auch die Änderung des Art. 7 Abs. 3 Rechnung.

Zweiter Abschnitt

Im zweiten Abschnitt des Notenwechsels sind sechs radizierte völkerrechtliche Verträge (vgl. zu diesem Begriff den Teil A der Erläuterungen) angeführt, bei denen die — deklaratorische — Feststellung getroffen wird, daß sie nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft stehen. Auch bei diesen Verträgen wird durch eine Generalklausel die Änderung der verschiedenen Bezeichnungen des Vertragspartners in „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ bewirkt. Dies bezieht sich auch auf den Titel der Verträge, die demnach in Hinkunft als „Vertrag/Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über ... in der Fassung des Notenwechsels vom 16. Oktober 1992“ zu bezeichnen sind.

Zu Punkt 1:

Das Abkommen über wasserwirtschaftliche Fragen der Mur-Grenzstrecke und der Mur-Grenzwässer (Mur-Abkommen) wurde mit BGBl. Nr. 119/1956 kundgemacht.

Mit der Änderung des Art. 6 Abs. 2 der Anlage I des Abkommens (Statut der Ständigen österreichisch-slowenischen Kommission für die Mur/Gemischte Murkommission) werden Deutsch und Slowenisch als Verhandlungssprachen der Kommission festgelegt.

Zu Punkt 2:

Das Abkommen über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen samt Schlußprotokoll und Anlagen wurde mit BGBl. Nr. 100/1965 kundgemacht, die beiden Änderungsabkommen mit BGBl. Nr. 173/1968 und 272/1973.

Zu Punkt 3:

Der Vertrag über die gemeinsame Staatsgrenze wurde mit BGBl. Nr. 229/1966 kundgemacht, der Vertrag über Änderungen und Ergänzungen mit BGBl. Nr. 585/1976 und der Notenwechsel mit BGBl. Nr. 288/1981.

Mit der Änderung des Art. 27 Abs. 1 des Vertrags wird festgelegt, daß die in dieser Bestimmung vorgesehenen Niederschriften der Vermessungsfachleute in deutscher und slowenischer Sprache aufzunehmen sind. Durch die Änderung des Art. 30 Abs. 3 tritt „Slowenisch“ an die Stelle von „Serbokroatisch oder Slowenisch“. Die in Art. 30 Abs. 3 vorgesehenen Niederschriften über Tagungen und Grenzbesichtigungen der Ständigen Gemischten Kommission sind gemäß der Änderung dieser Bestimmung in deutscher und in slowenischer Sprache zu verfassen. Mit der Änderung des Art. 33 Abs. 1 wird festgelegt, daß das Innenministerium der Republik Slowenien die slowenischen Grenzübertrittsausweise gemäß diesem Vertrag ausstellt. Dem trägt auch die Änderung der Anlagen A und B Rechnung.

Zu Punkt 4:

Das Abkommen über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr wurde mit BGBl. Nr. 169/1968 kundgemacht, die beiden Ergänzungs- bzw. Änderungsabkommen mit BGBl. Nr. 82/1970 und 462/1975.

Mit der Änderung des Art. 8 Abs. 1 des Abkommens wird festgelegt, daß das Innenministerium der Republik Slowenien die slowenischen Grenzübertrittsausweise gemäß diesem Abkommen ausstellt. Entsprechend den Änderungen der Anlagen A und B ist auf den Grenzübertrittsausweisen die Zitierung des Abkommens durch einen Hinweis auf den vorliegenden Notenwechsel („in der Fassung des Notenwechsels ...“) zu ergänzen.

Zu Punkt 5:

Das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr wurde mit BGBl. Nr. 379/1968 kundgemacht, die Änderungsabkommen mit BGBl. Nr. 556/1975, 422/1985 und 483/1989.

734 der Beilagen

15

Die Änderung von Art. 8 Abs. 1 des Abkommens war erforderlich, weil auf slowenischer Seite die Behördenorganisation und die Zuständigkeiten noch nicht endgültig festgelegt sind. Mit der Änderung des Art. 22 Abs. 2 wird festgelegt, daß der slowenische Sonderausweis für Mitglieder und Experten der Gemischten Kommission und für Vertreter der Lokalbehörden vom Innenministerium der Republik Slowenien ausgestellt wird. Die

Änderung der Anlage B trägt der Schaffung der Grenzübertrittsstelle „Karawankentunnel“ Rechnung.

Zu Punkt 6:

Der Vertrag über den Karawankenstraßentunnel wurde mit BGBl. Nr. 441/1978 kundgemacht, der Änderungsvertrag mit BGBl. Nr. 256/1983.